

Antrag Nr. 26-F-63-0033

SPD, Grüne, Linke, Volt

Betreff:

Auswirkungen der geplanten Kürzungen bei Lehrerstunden an Integrierten Gesamtschulen auf Wiesbaden

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.04.2026-

Antragstext:

Das Hessische Kultusministerium plant zum Schuljahr 2026/2027 Änderungen bei der Lehrerruweisung an Integrierten Gesamtschulen. Betroffen sind insbesondere Jahrgänge, die vollständig binnendifferenziert unterrichtet werden. Nach Berichten sollen je nach Jahrgang bis zu 2,1 Lehrerwochenstunden pro Klasse entfallen; landesweit ist von erheblichen Stundenverlusten die Rede.

Integrierte Gesamtschulen leisten einen wichtigen Beitrag zu längerem gemeinsamem Lernen, individueller Förderung, Inklusion und Bildungsgerechtigkeit. Gerade Schulen mit heterogenen Lerngruppen sind auf ausreichende personelle Ressourcen angewiesen, um Schüler*innen mit unterschiedlichen Leistungsniveaus, Förderbedarfen und sozialen Ausgangslagen angemessen begleiten zu können. Auch in Wiesbaden gibt es mehrere Integrierte Gesamtschulen, darunter die IGS Kastellstraße, die IGS Rheingauviertel, die Hermann-Ehlers-Schule und die Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule.

Auch wenn die Lehrkräftezuweisung Landesaufgabe ist, hat die Landeshauptstadt Wiesbaden als Schulträgerin ein erhebliches Interesse daran, frühzeitig die konkreten Auswirkungen auf die Wiesbadener Schullandschaft, die Schulorganisation und die Förderangebote einschätzen zu können.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. darzulegen, welche Integrierten Gesamtschulen in Wiesbaden nach aktuellem Kenntnisstand von den geplanten Änderungen bei der Lehrerruweisung betroffen wären,
2. zu berichten, mit welchen konkreten Stundenverlusten an den einzelnen Wiesbadener IGS nach aktuellem Stand zu rechnen ist,
3. darzustellen, welche Auswirkungen die Kürzungen auf Förderangebote, Binnendifferenzierung, Inklusion, Sprachförderung, Ganztagsangebote und weitere Unterstützungsstrukturen haben könnten,
4. zu berichten, ob den zuständigen städtischen Stellen, dem Staatlichen Schulamt oder dem Magistrat bereits Rückmeldungen der betroffenen Schulen, Elternvertretungen oder Schüler*innenvertretungen vorliegen,
5. darzulegen, welche kommunalen Handlungsmöglichkeiten die Landeshauptstadt Wiesbaden sieht, um mögliche negative Auswirkungen auf die Wiesbadener Schüler*innen abzumildern,
6. zu berichten, ob der Magistrat Gespräche mit dem Land Hessen, dem Staatlichen Schulamt, den kommunalen Spitzenverbänden oder anderen betroffenen Schulträgern zu den geplanten Änderungen führt oder plant.

Regina Wolf Sascha Kolhey
Fachsprecherin, Volt Fraktionsgeschäftsführer, Volt

Antrag Nr. 26-F-63-0033
SPD, Grüne, Linke, Volt

Wiesbaden, 29.04.2026